

Antrag Nr. 06

der **AUGE/UG –Alternative, Unabhängige und Grüne Gewerkschafter:innen Wien**
an die 185. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 28.05.2026

Demokratische Teilhabe stärken – Mitbestimmung ausbauen

Viele Arbeitnehmer:innen in Wien leben seit Jahren oder Jahrzehnten in Österreich, arbeiten hier, zahlen Steuern und Sozialversicherungsbeiträge und leisten einen unverzichtbaren Beitrag für diese Gesellschaft. Dennoch sind viele von ihnen weiterhin von wesentlichen demokratischen Mitwirkungsrechten ausgeschlossen, weil sie keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzen.

Der Zugang zur Staatsbürgerschaft ist in Österreich nach wie vor mit hohen Hürden verbunden. Strenge Voraussetzungen, hohe Kosten und langwierige Verfahren erschweren vielen Menschen den Weg zur vollen rechtlichen und politischen Gleichstellung. Das ist integrationshemmend, sozialpolitisch problematisch und steht im Widerspruch zur Lebensrealität einer von Migration geprägten Stadt wie Wien.

Gerade die Arbeiterkammer als gesetzliche Interessenvertretung aller Arbeitnehmer:innen ist gefordert, sich für gleiche Rechte, faire Zugänge und mehr demokratische Teilhabe einzusetzen. Wer hier lebt, arbeitet und von politischen Entscheidungen unmittelbar betroffen ist, muss auch wirksam Möglichkeiten haben, seine Interessen einzubringen.

Neben einer generellen Erleichterung des Zugangs zur Staatsbürgerschaft braucht es daher auch eine Ausweitung demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten unabhängig von der Staatsbürgerschaft. Es ist nicht sachgerecht, dass Menschen von Mitwirkungsinstrumenten ausgeschlossen bleiben, obwohl Gesetze und politische Entscheidungen ihre Arbeitsbedingungen, ihre soziale Lage und ihren Alltag direkt betreffen.

Insbesondere bei Gesetzesstellungen und Volksbegehren ist nicht einzusehen, weshalb dauerhaft in Österreich lebende Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft von vornherein ausgeschlossen sein sollen. Wenn politische Vorhaben Menschen unmittelbar betreffen, dann müssen diese Menschen auch die Möglichkeit haben, ihre Perspektiven einzubringen und politische Anliegen zu unterstützen.

Die 185. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien möge daher beschließen:

▪ **Beteiligung an Gesetzesstellungen ermöglichen:**

Insbesondere soll sich die AK Wien dafür einsetzen, dass Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft in geeigneter und nachvollziehbarer Form an Gesetzesstellungen und Begutachtungsverfahren mitwirken können, wenn die jeweiligen Gesetzesvorhaben ihre Lebens- und Arbeitsrealität direkt betreffen.

▪ **Unterstützung von Volksbegehren ermöglichen:**

Die AK Wien fordert weiters, die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft Volksbegehren unterstützen können, sofern sie ihren dauerhaften Lebensmittelpunkt in Österreich haben.

▪ **Politische Initiative der AK Wien:**

Die AK Wien soll sich gegenüber Bundesregierung und Gesetzgeber konsequent für den Ausbau demokratischer Teilhaberechte von Arbeitnehmer:innen ohne österreichische Staatsbürgerschaft einsetzen und dieses Thema verstärkt in ihrer politischen und öffentlichen Arbeit aufgreifen.

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrheitlich <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	---------------------------------------